Unabhängiger Journalismus für Österreich.
Samstag, 7. November 2026
Nr. 308 / 4 €
KURIER Wien.

7.11.26

Debatte.

Geschenk an einen Weltkonzern

Infineon-Deal. Ein Paradebeispiel für verfehlte Wirtschaftspolitik zuungunsten des Mittelstands.



Von Wolfgang Lusak

Gastkommentar

Die Politik feiert sich wieder einmal selbst. Wenn Regierungsmitglieder gemeinsam mit einem globalen DAX-Konzern vor die Kameras treten, um ein 1,1-Milliarden-Euro-Investment in Villach zu verkünden, fließen die Superlative in Strömen. Dass der österreichische Steuerzahler dafür stolze 319 Millionen Euro auf den Tisch legt, wird als alternativlose Investition verkauft.

Doch wer hinter die glitzernde PR-Fassade blickt, stößt auf eine handfeste wirtschaftspolitische Ungerechtigkeit. Fast ein Drittel der Investitionskosten übernimmt der Staat – für eine magenschonend homöopathische Gegenleistung. Durch dieses Megaprojekt wird kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Der Deal bringt nur eine zehnjährige Standortsicherheit inklusive der bestehenden Anzahl von Mitarbeitern. Und danach muss wieder gezahlt werden, damit Infineon bleibt?

Das eigentlich Empörende ist die Herkunft des Geldes. Wer finanziert dieses Geschenk an einen hochprofitablen Weltkonzern? Es ist der unternehmerische Mittelstand. Über 604.000 kleine und mittlere Betriebe (KMU) machen 99,7 Prozent aller Unternehmen in Österreich aus. Sie erwirtschaften 56 Prozent der Bruttowertschöpfung und stellen 65 Prozent aller Arbeitsplätze. Der Mittelstand hält diese Republik am Leben.

Doch während diese Familienbetriebe unter einer drückenden Abgabenquote von rund 43 Prozent des BIP stöhnen, nutzen multinationale Riesen legale Steuertricks. Internationale Konzerne verschieben Gewinne über Holdingstrukturen und drücken ihre effektive Steuerbelastung massiv nach unten. Es ist die ultimative Umverteilung von Mitte nach oben: Das hart erarbeitete Steuergeld des Bäckers, der IT-Dienstleisterin und des Installateurs wird genommen, um einem globalen Riesen den Maschinenpark zu finanzieren.

Hat die ÖVP trotz des Absinkens ihres Wähleranteils auf rund 20 Prozent nichts dazugelernt? Hat sie noch vor ein paar Jahren mit dem Slogan „Wir die Mitte" geworben, ist sie jetzt wieder vollends in die Rolle der „Partei der reichen Konzerne" zurückgefallen. Sie sollte wissen, dass 70 Prozent der Wähler die Mitte – den unternehmerischen Mittelstand und die überwiegend in KMU Vollzeit angestellte Mittelschicht – für sehr wichtig halten. Ganze 34 Prozent sehen in keiner der Nationalratsparteien eine echte Mitte-Partei. Was für ein von der ÖVP ungenütztes Wählerpotenzial! (Quelle Mittelstandsbarometer)

KMU zahlen drauf

Leider wird die ÖVP in diesem Deal auch von SPÖ-dominierten Betriebsräten und Gewerkschaften unterstützt, weil diese schlicht ihre Machtpositionen in Großkonzernen behalten wollen und in KMU zumeist überhaupt nicht repräsentiert sind. Auch das Schweigen der Neos zu diesem Deal zeigt, dass sie lieber den Koalitionspartnern einen vermeintlichen „PR-Erfolg" gönnen, als diesen konsequent zu kritisieren und sich klar auf die Seite der Mitte zu stellen.

Die Politik hat sich von der Drohkulisse der Abwanderung erpressen lassen. Hätte man die 319 Millionen Euro stattdessen an 100 innovative, heimische KMU aufgeteilt – gekoppelt an elf Millionen Euro Eigeninvestition pro Betrieb –, hätte dies einen breiten Innovationsschub quer durch das ganze Land ausgelöst. So aber bleibt es ein teurer Systemfehler, bei dem die fleißigen heimischen Unternehmer draufzahlen und die Aktionäre eines Weltkonzerns lachen.

* * *

***Der Autor** ist Unternehmensberater, Obmann der Lobby der Mitte, Buchautor & Essayist; war Manager bei Unilever, Gillette und BP.*

Samstag, 7. November 2026
KURIER